

# Trügt der Schein?

Die Infektionszahlen flachen ab. Das könnte ein Erfolg der Kontaktbeschränkungen sein – oder mit der geänderten Teststrategie zusammenhängen.

Von Sibylle Anderl

Die täglichen Zahlen der Neuinfektionen in Deutschland können dieser Tage dazu dienen, die Bevölkerung in verschiedene Charaktergruppen einzuteilen: Die Optimisten sehen nach drei Wochen „Lockdown light“ den Wendepunkt im Kampf gegen die weitere Ausbreitung von Sars-CoV-2 erreicht, während die eher pessimistisch Veranlagten die Zahlen als Ausdruck allzu zaghafter Kontaktbeschränkungen deuten. Tatsächlich sind die Daten des Robert-Koch-Instituts nach wie vor alles andere als selbsterklärend, daran hat auch die monatelange Erfahrung im Umgang mit ihnen nichts geändert.

Eine zentrale Herausforderung im Verständnis der Daten ist zumindest bereits stärker im Bewusstsein verankert als noch zu Beginn der Krise: Die Zahl der Neuinfektionen reagiert auf Verhaltensänderungen in der Bevölkerung immer erst mit einer beträchtlichen Verzögerung. Wissenschaftler um die Max-Planck-Wissenschaftlerin Viola Priesemann hatten diese Zeitdifferenz zwischen dem Einsetzen von Maßnahmen und deren Wirkung auf die Zahlen für das Frühjahr anhand eines statistischen Modells abgeleitet. Dabei kamen sie auf einen Wert von rund zwei Wochen: Nach einer Infektion mit dem Virus dauert es im Schnitt fünf Tage bis zum Einsetzen von Symptomen, dann vielleicht noch einmal fünf Tage, bis ein Arzt aufgesucht wurde und das Testergebnis vorliegt, dazu kommt noch der Meldeverzug. An der Gültigkeit der Schätzung dürfte sich nicht grundlegend etwas geändert haben, die Wirkung der neuerlichen Maßnahmen müsste demnach bereits die Zahlen der zurückliegenden Woche bestimmen.

Wenn man sich die Zahl der Neuinfektionen im Oktober und November ansieht, folgen diese (in 7-Tage-Glättung) den gesamten Oktober über fast lehrbuchartig einem exponentiellen Verlauf, der dann Anfang November – zwei Wochen nach Angela Merks eindrucklichem Appell zur Kontaktreduktion am 17. Oktober – in seinem Wachstum abflacht. Das tägliche prozentuale Wachstum der Fallzahlen nahm ab diesem Zeitpunkt entsprechend ab: Die Zahlen der Neuinfektio-



Häufiger im Einsatz: Helfer bereiten Schnelltests beim Grünen-Parteitag vor, wo die Führung persönlich anwesend war.

Foto dpa

nen wuchsen zwar noch, aber sie taten dies immer langsamer. In den zurückliegenden zwei Wochen hat sich das Wachstum der Neuinfektionen nun bei Werten um null eingependelt: Unter Ausgleich der wöchentlichen Schwankungen gibt es jeden Tag zwischen 18 000 und 19 000 zusätzliche positive Fälle.

Dieser Befund ist allerdings mit einer gewissen Vorsicht zu lesen. Denn – eine weitere Erkenntnis dieser Pandemiemonate – die Fallzahlen hängen entscheidend von der je gültigen Testpraxis ab. Die deutschen Labormediziner hatten Ende Oktober vor einer Überlastung gewarnt, es war zu Materialengpässen und Verzögerungen in der Analyse von PCR-Tests gekommen. Das RKI hatte daraufhin am 3. November seine Testkriterien verschärft. Für die Labore schaffte das die erhoffte Entlastung, für die Interpretation der Zahl von Neuinfektionen heißt dies aber, dass mit diesem Datum ein Bruch einhergeht: Dadurch, dass nun nur noch diejenigen getestet werden, die eine höhere Infektionswahrscheinlichkeit aufweisen, tauchen mutmaßlich viele milde und asymptomatische Fälle nicht mehr in den Zahlen auf.

Das sieht man auch im Anteil der positiv ausgefallenen PCR-Tests, der in der Kalenderwoche 46 auf neun Prozent gestie-

gen ist. Die Infektions-Dunkelziffer könnte entsprechend gewachsen sein, auch wenn dabei zu berücksichtigen ist, dass vermehrt auch Schnelltests eingesetzt werden, die vor Ort ausgewertet werden und den Zusammenhang zwischen Testpraxis und der Entwicklung der Zahlen noch schwieriger einschätzen lassen. Doch wie auch immer die gemeldeten absoluten Zahlen zu den wahren Zahlen von Neuinfektionen stehen: Sofern die Testpraxis selbst sich nicht mehr ändert, geben zumindest die Wachstumsraten ein von der Dunkelziffer unabhängiges Bild – und das ist eines, bei dem sich derzeit eindeutig zu wenig tut, um bis Weihnachten die erhoffte Entspannung zu bringen.

Wenn man sich im Vergleich die Zahlen des ersten strengeren Lockdowns ab der zweiten Märzhälfte ansieht, fielen damals die Wachstumsraten sehr viel schneller als heute. In der ersten Aprilwoche wurden sie negativ: Ab diesem Zeitpunkt wurden jeden Tag deutlich weniger Neuinfektionen gemeldet. Angesichts der damals geltenden weitreichenden Maßnahmen ist dieser Unterschied nicht verwunderlich – umso weniger, wenn man sich die anhand anonymisierter Mobilfunkdaten erhobenen Mobilitätsinformationen für Deutschland ansieht, an denen die praktische Wirkung der Einschränkungen relativ direkt ablesbar ist.

So vergleicht der Google Mobility Report die Bewegungsdaten für verschiedene Ortskategorien als prozentuale Veränderung relativ zum Januar 2020. Der Einfluss des „Lockdown light“ zeigt sich erwartungsgemäß vor allem in der Kategorie „Einzelhandel Freizeit“. An den entsprechenden Orten hielten sich die Deutschen seit Anfang November rund 30 Prozent weniger auf, Ende Oktober lag der Wert bei minus 15 Prozent im Vergleich zum Januar. Beim ersten Lockdown aber war dort die Mobilität um 60 Prozent gesunken. In anderen Kategorien wie „Büro“ oder „Läden für den täglichen Bedarf“ hat der zweite Lockdown, anders als der erste, keine deutliche Veränderung der Mobilität bewirkt. Das legt nahe, dass es ein langer Weg sein dürfte, bis die Fallzahlen wieder auf das angestrebte niedrige Niveau sinken werden – und damit auch die Lage auf den Intensivstationen sich wieder dauerhaft entspannt. Das Science Media Center rechnete vergangene Woche vor, dass bei einem wöchentlichen negativen Wachstum der Infektionszahlen von minus zehn Prozent die deutschlandweite 7-Tage-Inzidenz erst im Januar wieder unter einen Wert von 50 pro 100 000 Personen fallen würde. Im April hatte das negative Wachstum bei rund 25 Prozent pro Woche gelegen.

# Mit sanftem Druck Weihnachten retten

Österreich plant Corona-Massentests für bis zu sieben Millionen Bürger / Von Stephan Löwenstein, Wien

Können Corona-Massentests eine geeignete Strategie sein, um ohne eine dritte Vollschiebung des Landes durch den Winter zu kommen? Österreich will versuchen, mit diesem Mittel Weihnachtsgeschäft und Festtage und vielleicht sogar auch einen Teil der touristischen Wintersportzeit zu retten. Die Regierung in Wien gab zum Wochenende bekannt, wie die Testreihen nach dem Ende des Lockdowns Anfang Dezember vor sich gehen sollen: zunächst mit Schwerpunkt bei bestimmten Berufsgruppen, dann ein regionaler Probelauf, schließlich Aufrufe an die gesamte Bevölkerung, sich auf Infektionen testen zu lassen – allerdings auf freiwilliger Basis.

Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP), Vizekanzler Werner Kogler und Gesundheitsminister Rudolf Anschober (beide Grüne) warben für eine große Beteiligung, wiesen aber auch darauf hin, dass das kein „Allheilmittel“ sei, sondern nur eines von vielen Instrumenten. Die rechte, linke und liberale Opposition reagierte mit Skepsis und Kritik an der Regierung, die den Sommer „verschlafen“ und damit die zweite Schließung überhaupt erst verschuldet habe. Für die Testungen soll das Antigen-Verfahren eingesetzt wer-

den, das weitaus weniger kostet und schnellere Ergebnisse liefert als die PCR-Tests, aber auch weniger zuverlässig ist. Dennoch hofft man, auf diesem Weg Infizierte ohne Symptome zu entdecken, ehe sie die Infektion weitergeben können. Es gibt Vorbilder für solche Massentests: In der Slowakei nahmen im Oktober 3,6 von 5,5 Millionen Einwohnern an einer solchen Aktion teil. 50 000 Infektionen, die andernfalls (vorerst) unentdeckt geblieben wären, sollen dadurch festgestellt worden sein.

Jetzt hat auch die zu Italien gehörende Provinz Südtirol einen vergleichbaren Massentest organisiert, er am Sonntag zu Ende ging. Dort waren seit Freitag 350 000 Einwohner zum Test aufgerufen, bis Sonntagmittag hatten rund 270 000 Personen teilgenommen; gut ein Prozent der Getesteten sei Corona-positiv, wurde mitgeteilt. Die Teilnahme war in beiden Fällen nicht Pflicht, aber es gab mehr oder weniger starken Druck, teilzunehmen: In der Slowakei musste in Quarantäne, wer nicht teilnahm. In Südtirol müssen Betriebe Mitarbeiter, die nicht teilnehmen, zur Heimarbeit nach Hause schicken oder für ein paar Tage vom Dienst suspendieren. In Österreich ist

von solchen Regelungen bislang nicht die Rede, die Regierung versucht es mit sanftem moralischen Druck: „Wir bitten die gesamte Bevölkerung, dieses bundesweite Projekt zu unterstützen und sich daran zu beteiligen“, sagte Bundeskanzler Kurz. „Einige Minuten für einen Test können einige Wochen Lockdown des ganzen Landes verhindern.“ Das sei „bis zur Impfung eine große Chance für Österreich, den Weg zur Normalität zurückzufinden“. Sieben Millionen Testsets wurden bestellt. Die FPÖ forderte eine „Garantieerklärung“ der Regierung, dass eine Nichtteilnahme keine nachteiligen Folgen für die Betroffenen habe.

Die derzeitigen Schließungen und Ausgangsbeschränkungen gelten vorerst bis 6. Dezember. Danach soll schrittweise gelockert werden. Dass die Schulen als Erstes wieder den allgemeinen Betrieb aufnehmen sollen, darauf deutet der Umstand hin, dass am Wochenende zuvor die Lehrer und Kindergartenbetreuer als erste Berufsgruppe getestet werden sollen, rund 200 000 Personen. Zu Wochenbeginn sollen die Polizisten folgen. Kurz vor Weihnachten ist eine große Testreihe für die gesamte Bevölkerung (neun Millionen Einwohner) geplant, nach den Feier-

tagen soll eine zweite folgen. Gesundheitsminister Anschober kündigte an, Positiv-Resultate sollten mit dem zuverlässigeren PCR-Test überprüft werden. So soll offenbar Bürgern die Sorge genommen werden, durch ein womöglich falsches Resultat des unsichereren Antigen-Tests überflüssigerweise in Quarantäne geschickt zu werden.

Anschober sagte in der Wiener „Presse“, die Massentests für die gesamte Bevölkerung sollten „geblockt an einem Wochenende mit vielen Testmöglichkeiten und einer starken Digitalisierung bei der Umsetzung, um Wartezeiten zu vermeiden“, erfolgen. Die Proben soll geschultes Gesundheitspersonal entnehmen. Bei der Logistik unterstützen sollen Polizei, Feuerwehren, freiwillige Helfer, aber auch das Bundesheer. In der Slowakei hatte die Armee die Tests durchgeführt; ein Trupp österreichischer Soldaten war zur Amtshilfe geschickt worden und konnte so bereits Erfahrungen sammeln. Ein Probelauf soll Anfang Dezember in ausgewählten Gemeinden mit hohen Inzidenzwerten gemacht werden. Unabhängig von diesen Massentests läuft bereits ein Screening-Programm zum Schutz der Alten- und Pflegeheime.

# Einer tanzte aus der Reihe

Beim G-20-Treffen ist Corona das wichtigste Thema – außer für Trump / Von Rainer Hermann

Alle sprachen über die Pandemie, nur einer nicht. Während des digitalen G-20-Gipfeltreffens am Wochenende waren sich die Staats- und Regierungschefs der größten Volkswirtschaften bis auf einen darüber einig, dass es einer globalen Antwort bedürfe, um die Pandemie zu bekämpfen, um die Impfstoffe an alle Bürger zu verteilen und um solidarisch die wirtschaftlichen Folgen für alle Länder, gerade für die armen, aufzufangen. In diesem Sinne zitierte der von Saudi-Arabien finanzierte Nachrichtensender al-Arabiya Bundeskanzlerin Angela Merkel, den französischen Präsidenten Emmanuel Macron, den italienischen Ministerpräsidenten Giuseppe Conte und andere, die aus ihren Hauptstädten digital zugeschaltet waren.

Nur einer tanzte aus der Reihe. Einem Tonbandmitschnitt zufolge, der der britischen Zeitung „The Observer“ zugespielt worden war, habe der amerikanische Präsident Donald Trump bei der Auftaktveranstaltung gesagt, er freue sich, auch künftig in diesem Kreis mit den Führern der Welt zu arbeiten. Als die in einem geschlossenen virtuellen Raum bereits über die Pandemie diskutiert hatten, setzte Trump noch Tweets über angebliche Fälschungen bei der Präsidentenwahl ab. Und als sie weiterdiskutierten, machte er sich auf den Weg, um Golf zu spielen.

Einmal aber streifte er die Pandemie doch. „Covid ist das größte Thema“, sagte er laut dem Tonbandmitschnitt. „Mit unseren Impfstoffen werden wir schnell heilen.“ Erst müsse aber der Bedarf in Amerika gedeckt sein, bevor man an Impfstoffen für den Rest der Welt arbeite. Davon unterschied sich, was der russische Präsident Wladimir Putin den Verlautbarungen des Kremls zufolge sagte. Demnach sagte Putin, Impfstoffe sollten für alle verfügbar sein, und Russland werde allen bedürftigen Ländern mit den russischen Impfstoffen „Sputnik V“ und „EpiVacCorona“ sowie dem dritten, der noch entwickelt werde, helfen.

Auch der saudische König Salman Bin Abd al-Aziz Al Saud nutzte die weltweite Aufmerksamkeit. Das Königreich habe die Forschung für einen Impfstoff mit einer halben Milliarde Dollar unter-

stützt, sagte der 84 Jahre alte Monarch, und es arbeite nun mit anderen daran, auf künftige Pandemien vorbereitet zu sein. Die reichen Länder stünden in der Verantwortung, den armen Ländern in der Pandemie beizustehen.

Zum ersten Mal fand ein Gipfeltreffen der 1999 gegründeten G 20 in einem arabischen Land statt. Saudi-Arabien, das wegen seiner Bedeutung für die Energiewirtschaft in diesen Kreis aufgenommen worden ist, hatte in dem Jahr der Präsidentschaft Großes vor. Das Königreich wollte zeigen, dass es sich öffnet, und es hatte sich auf die Fahnen geschrieben, einen Beitrag zur Rettung des Planeten zu leisten. Klimaschutz sei angesichts zunehmender Emissionen und einer wachsenden Weltbevölkerung eine Priorität, sagte König Salman am Sonntag. Saudi-Arabien werde im Jahr 2030 die Hälfte des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien erzeugen. Auch bei diesem Thema scherte Trump aus. Er bezeichnete das Pariser Klimaabkommen abermals als „sehr unfair und einseitig“. Dessen Ziel sei, „die amerikanische Wirtschaft zu töten“.

Das Gipfeltreffen wurde weder die erhoffte PR-Schau des Königreichs noch eine Boykotttrunde mit vielen Absagen, zu der Kritiker des Königreichs und vor allem von dessen Kronprinzen Muhammad Bin Salman aufgerufen hatten. Mutmaßlich war für ihn das digitale Gipfelformat gar nicht einmal die schlechteste Lösung. Denn so konnten die gewählten Repräsentanten aus Demokratien teilnehmen und ihm dennoch ausweichen.

So hatte am Mittwoch der Ausschuss des Bundestags für Menschenrechte und humanitäre Hilfe in einer Erklärung die „massive politische Repression und Verfolgung von Dissidenten“ in Saudi-Arabien beklagt. Im Vorfeld des Gipfeltreffens hatte der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Joseph Stiglitz auf einer von Saudi-Arabien organisierten Veranstaltung zu einer Gedenkminute für den ermordeten saudischen Dissidenten Jamal Khashoggi und die inhaftierten Frauenrechtlerinnen aufgerufen. Er wollte, dass auf dem Gipfeltreffen die Menschenrechtsverletzungen in Saudi-Arabien und anderen Ländern thematisiert werden.

# Viele Politiker infiziert

Ukraine: Gesundheitssystem gerät an seine Grenzen

gna. WARSCHAU. In der Ukraine hat das Coronavirus führende Politiker getroffen: Präsident Wolodymyr Selenskyj liegt deswegen in einem Regierungskrankenhaus, ist aber auf dem Weg der Genesung. Außerdem infizierten sich der Chef des Präsidialamts, der Parlamentspräsident und sein Stellvertreter sowie der Gesundheitsminister. Drei in der ersten Runde der Kommunalwahlen gewählte Bürgermeister starben am Virus. Hennadij Kernes, Oberhaupt der zweitgrößten Stadt Charkiw, liegt derzeit seit dem 17. September, vom Virus infiziert, in der Berliner Charité. Da seine Mitarbeiter von ihm seitdem nur zwei Fotos vom Krankenbett veröffentlichten und er in dieser Zeit wiedergewählt wurde, wird in der Ukraine spekuliert, wie lange er in Behandlung bleiben kann, ohne sein Amt aufgeben zu müssen. Immerhin soll am 2. Dezember erstmals wieder der Stadtrat tagen.

Vorige Woche meldete das Land mehrmals neue Rekordwerte bei den Coronavirus-Infektionen, auch wenn die Zahl für Samstag mit 12 079 Fällen und 138 Todesfällen leicht zurückging. In der letzten Woche zählte die Ukraine etwa eineinhalbmal so viele Neuinfektionen pro Kopf wie Deutschland. Medien berichten von überfüllten Krankenhäusern und wartenden Krankenwagen mit Patienten. Mangel herrscht bei der Versorgung mit Sauerstoff und beim traditionell unterbezahlten Personal. Zudem sind seit Beginn der Pandemie mindestens 258 Ärzte und Krankenschwestern am Virus gestorben. Ministerpräsident Denis Schmyhal warnte: „Wenn wir nichts tun, wird das Gesundheitssystem Mitte Dezember keine Pa-

tienten mehr aufnehmen können. Die Krankenhäuser werden keinen Platz mehr haben, nicht mal in den Fluren.“ Vor zwei Wochen hat die Regierung einen „Wochenend-Lockdown“ verhängt, der die zwischenmenschlichen Kontakte beschränken soll.

Besonders dramatisch ist die Lage offenbar in den „Volksrepubliken“ DNR und LNR im Osten der Ukraine. Schon Anfang Oktober appellierte der aus der Ostukraine stammende Spiridon Kilinkarow in einer Talkshow im russischen Staatsfernsehen: „Dort gibt es keine Medikamente, keine Ärzte. Das einzige Geschäft, das dort blüht, ist das Bestattungsgeschäft, das hat sich verdreifacht.“ Kilinkarow, in Kiew einst kommunistischer Abgeordneter, lebt seit Jahren in Moskau und kommentiert von dort aus die Vorgänge in der Ukraine. „Verstehen die Anführer der DNR und LNR, was dort vorgeht? Wir bekommen dort am Ende eine sehr illoyale Bevölkerung.“ Seitdem sind die Corona-Zahlen laut DNR und LNR noch einmal nach oben geschneit. Für die Tage Mittwoch bis Samstag meldeten deren Behörden 585 Neuinfektionen und 73 Todesfälle bei einer Bevölkerung von offiziell knapp 3,7 Millionen. Damit gab es insgesamt 11 589 Infektionen und 1048 Tote. Das Kiewer Portal hvylyia.net, das die Lage im Osten beobachtet, hält die neuen Zahlen für untertrieben. Es herrsche dort Mangel sogar an einfachen Medikamenten. Unklar ist, warum die DNR alle Reservisten anwies, sich bis zum 27. November bei den Behörden zu melden. Die Sicherheitsorgane sollten alle, die sich nicht stellten, „aufspüren“, berichtete der Pressedienst der DNR.

## STIMMEN DER ANDEREN

### Frauenquote ist ein Geschenk Merks

Zum 15-jährigen Amtsjubiläum von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und über die Pläne ihrer Regierung für eine Quote von mindestens einer Frau für Vorstände börsennotierter Unternehmen schreibt „Corriere della Sera“ (Mailand):

„Angela Merkel hat sich für die 15 Jahre ihrer Wahl zur Kanzlerin, die heute gefeiert werden, ein Geschenk gemacht. Nach Monaten sehr schwieriger Verhandlungen hat die große Koalition eine Einigung über verbindliche Frauenquoten in den Vorständen deutscher Unternehmen erzielt. Es ist ein historischer Wendepunkt, der das Gesicht des rheinischen Kapitalismus verändern soll, der immer von Männern dominiert wurde. Die Einzelheiten des neuen Gesetzes müssen noch festgelegt werden, aber der Kern der Vereinbarung ist bereits klar definiert. (...) Der von Justizministerin Christine Lambrecht und Familienminis-

terin Franziska Giffey, beides Sozialdemokratinnen, angekündigte Kompromiss ist das Ergebnis eines im vergangenen Januar gestarteten Projekts. Das ursprüngliche Ziel war ehrgeiziger und schlug mindestens zwei Frauen im Vorstand der privaten Unternehmen vor, stieß jedoch auf Widerstand seitens eines Teils der CDU/CSU. Zu Beginn des Sommers schien die Initiative in eine Sackgasse zu geraten. Die Intervention der Kanzlerin brachte die Wende.“

### Niemand will mit Macron große Ideen wälzen

Die „Neue Zürcher Zeitung am Sonntag“ beschäftigt sich mit der Rolle von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron auf der politischen Weltbühne: „Emmanuel Macron ist ein einsamer Mann. Will er Frankreichs verkrustete Strukturen reformieren, ist ihm der Widerstand der Gewerkschaften und der Druck der Straße gewiss. Ruft er seine europäischen

Partner zu mehr Engagement in der gemeinsamen Sicherheitspolitik auf, erntet er Achselzucken. Und verteidigt er die Meinungsausübungsfreiheit gegen islamistischen Furor, wird er willentlich missverstanden. (...) Vielleicht hat Macron sein Amt einfach zur Unzeit angetreten. Unter anderen Zeitumständen wäre er möglicherweise ein höchst erfolgreicher Präsident. Doch im Moment zeigen seine Partner in der EU keinerlei Ambition, Europa zwischen Amerika, Russland und China strategisch zu positionieren und ideell weiterzubringen. Sie sind tief in der Innenpolitik verstrickt, schlagen sich mit Corona und dem Populismus herum, befinden sich wie Merkel im Herbst ihrer Laufbahn oder denken – wie die „frugalen vier“ (die Niederlande, Dänemark, Schweden und Österreich) – ein paar Nummern kleiner als der Mann in Paris. Da ist niemand, der gemeinsam mit Macron die Weltbühne bespielen und große Ideen wälzen will.“

### Erhöhung der Militärausgaben unverantwortlich

Die britische Sonntagszeitung „The Observer“ (London) kritisiert die geplante Erhöhung der britischen Militärausgaben:

„Das chronische Fehlen einer durchdachten Strategie wurde in der vergangenen Woche auch durch die Ankündigung zur Verteidigungspolitik deutlich, die mit grandiosen Johnson-typischen Behauptungen und schlagzeilenträchtigem Schnaufen gespickt war. Es ist bestimmt sinnvoll, Großbritannien Cyberverteidigung zu modernisieren, doch ob das Land ein eigenes ‚Weltraumkommando‘ braucht – und damit jenes von Donald Trump nachahmt –, ist eher fraglich. Zusätzlich zum inflationsgeschützten Jahresbudget von 41,5 Milliarden Pfund satte 16,5 Milliarden Pfund für die Verteidigung bereitzustellen, ohne zu erklären, wie dies die Bevölkerung sicherer macht oder wie es finanziert werden soll, ist unverantwortlich.“

### Äthiopiens Ministerpräsident verspielt Reputation

„The Times“ (London) kommentiert das militärische Vorgehen des äthiopischen Ministerpräsidenten Abiy Ahmed gegen Tigray:

„Dieses Blutvergießen in dem afrikanischen Land ist ein gefährlicher Vorbote dessen, was als Nächstes kommen könnte, wenn Abiy Ahmed weder seine idealistische nationale Vision verwirklichen noch die verfassungsmäßige Befugnis der verschiedenen Staaten respektieren kann, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Ministerpräsident Abiy mag zwar nicht der erste Nobelpreisträger sein, der seine Reputation durch die Anwendung von Gewalt verspielt, aber er ist derjenige, der das am schnellsten macht. Es bleibt dem Friedensnobelpreisträger nur noch wenig Zeit, seinen Ruf und sein Land zu retten und die Panzer zurückzubereiten.“